



Quelle: Adobe

2027: 11,8 Milliarden Euro fehlen – DAK fordert Stufenplan

Ute Pappelbaum

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) steuert 2027 auf ein Defizit von 11,8 Milliarden Euro zu. Das zeigt die aktuelle Projektion des IGES Instituts im Auftrag der DAK-Gesundheit. In Reaktion darauf schlägt DAK-Vorstandschef Andreas Storm einen dreistufigen Stabilitätspakt vor: eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik, eine ordnungspolitisch neu ausgerichtete Finanzierung sowie langfristige Strukturreformen.

Im Ergebnis steigt der durchschnittliche Beitragssatz in der GKV 2027 auf 18,3 Prozent. Ein Jahr später steigt er weiter. Für 2033 erwartet die Projektion einen Wert über 20 Prozent. Die Deckelung der Sozialbeiträge auf 40 Prozent – einst politisch als „Sozialgarantie 2021“ gesetzt – ist bereits unterschritten. Die Grenze der Belastbarkeit ist nicht in Sicht. Sie ist längst überschritten.

2035: Sozialabgaben erreichen 50 Prozent

Berücksichtigt man alle vier Sozialversicherungszweige – Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung – steigt der Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz im Basisszenario bis 2035 auf 50 Prozent. Bereits 2027 liegt er bei 43,6 Prozent, 2029 bei über 46 Prozent.

Der Weg dorthin ist absehbar: In der Pflegeversicherung steigt der Beitragssatz 2027 auf 4,1 Prozent und erreicht 2033 voraussichtlich 5,0 Prozent. In der Renten- und Arbeitslosenversicherung steigen die Sätze ab 2028 ebenfalls deutlich an – nicht als Folge von Krisen,

sondern als erwartbare Konsequenz demografischer und arbeitsmarktbezogener Faktoren. Der aktuelle Stand der Rücklagen genügt kaum noch zur kurzfristigen Stabilisierung, wie das Beispiel BA zeigt: 2026 ist ein Schuldenstand von 6,2 Milliarden Euro vorgesehen.

IGES-Fazit: Ohne Strukturpolitik wird es teurer

●● ●● „Mit den Finanzierungsmaßnahmen, die die Bundesregierung zuletzt als kurzfristige Unterstützung der Finanzsituation von Kranken- und Pflegeversicherung beschlossen hat, wird man allein keine mittel- bis langfristige Beitragsdämpfung erreichen. Mit dem ‚kleinen Sparpaket‘ und einem einmaligen Bundesdarlehen kann die Beitragsentwicklung in der GKV im laufenden Jahr höchstens gedämpft werden. Die Darlehen für die SPV in dem beschlossenen Umfang reichen zwar aus, um im laufenden Jahr einen Beitragssatzanstieg in der Pflegeversicherung zu verhindern. Mittel-

bis langfristig wird man mit beiden Darlehen das trendmäßige Öffnen der Schere zwischen Ausgaben- und Einnahmenentwicklung jedoch nicht verhindern. Bereits für das kommende Jahr zeichnet sich ein weiterer Anstieg der Beitragssätze in der GKV um knapp sechs Beitragszehntel und in der SPV um knapp drei Beitragszehntel ab.“

Die politische Debatte steht damit vor einer anderen Frage: Nicht mehr, ob Beiträge steigen – sondern wie lange sich ein beitragsbasiertes System ohne Reformen noch legitimieren lässt.

– Dr. Richard Ochmann, IGES-Projektleiter

Das ist keine Einschätzung über Szenarien, sondern über Wirklichkeit: Die aktuelle Politik hat ein akutes Defizit mit kurzfristigen Mitteln überdeckt – nicht ausgeglichen. Die strukturellen Ursachen sind damit nicht behoben, sondern vertagt. Bereits 2027 setzt sich der Trend der Vorjahre fort: steigende Beitragssätze in beiden zentralen Zweigen – trotz wachsender Steuerzuschüsse und Liquiditätshilfen. Die Dynamik ist bekannt, der Mechanismus ebenso.

DAK-Vorschlag: Stabilität in drei Stufen

Einnahmenorientierte Ausgabenpolitik Leistungen sollen künftig nur noch im Einklang mit den Einnahmen wachsen. Die Konsolidierung (2027: 6,8 Mrd. Euro) soll durch eine „FinanzKommission Gesundheit“ vorbereitet und durch eine Konzertierte Aktion begleitet werden. Ordnungspolitische Finanzierungskorrekturen Die DAK fordert eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf Arznei- und Hilfsmittel auf 7 Prozent (Einsparpotenzial: 5,3 Mrd. Euro), finanziert durch höhere Verbrauchssteuern. Ab 2028 soll zudem der Bund die GKV-Ausgaben für Bürgergeld-Beziehende vollständig übernehmen – perspektivisch zehn Milliarden Euro jährlich. Struktur- und Versorgungsreformen Die Übergangszeit soll für tiefgreifende Reformen genutzt werden – etwa in der Notfallversorgung, der Krankenhausplanung und beim Aufbau regionaler Primärversorgungssysteme. Diese Maßnahmen benötigen Zeit, versprechen jedoch langfristig Effizienzreserven.

Systemisch überlastet

Die IGES-Projektion markiert keinen Wendepunkt, sondern die Fortschreibung eines bekannten Trends. Der Beitragssatzdruck ist kein Nebeneffekt, sondern Folge struktureller Fehlsteuerungen. Was bislang als kurzfristig überbrückbare Lücke behandelt wurde, hat sich zu einem stabilen Defizit entwickelt.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4948010/gkv-finanzierung-2035-dak-stabilitaetspakt/>